

18.04.14 | Garzweiler II

## "Es gibt kein weiteres Umsiedlungsplanverfahren"

Früher gingen Norbert Römer und Reiner Priggen als Demonstranten auf die Straße – auf verschiedenen Seiten. Im Interview sprechen die Fraktionschefs von NRWs Regierungsparteien über gemeinsame Wege.

Von Johannes Nitschmann

In den 90er-Jahren gingen Norbert Römer, 67, und Reiner Priggen, 61, als Demonstranten auf die Straße, allerdings auf verschiedenen Seiten. SPD-Fraktionschef Römer führte als Funktionär der Bergarbeitergewerkschaft die Demonstrationen der Kumpel und Kraftwerksarbeiter an, die für den Aufschluss des Braunkohletagebaus Garzweiler II kämpften. Als lautstarker Garzweiler-Gegner stand ihm seinerzeit häufiger der grüne Fraktionschef Priggen gegenüber.

Dessen Partei hatte sich auf die Fahnen geschrieben, die Betriebsgenehmigung für den 48-Quadratkilometer großen Tagebau im rheinischen Revier zu verhindern. In einer rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Wolfgang Clement gaben die Grünen schließlich klein bei. Der Rahmenbetriebsplan wurde erteilt und der umstrittene Tagebau im Jahre 2006 aufgeschlossen.

Zwanzig Jahre später haben Römer und Priggen als maßgebliche Strategen der rot-grünen Koalition in Düsseldorf mit Garzweiler II überraschend ihren Frieden gemacht. Die SPD stimmte einer Verkleinerung des europaweit größten Tagebaus um etwa ein Fünftel der Abbaufäche zu, während die Grünen trotz Energiewende die Förderung und Verstromung der Braunkohle für mindestens noch 15 Jahre akzeptieren.

**Welt am Sonntag:** Herr Römer, in der SPD-Landtagsfraktion gibt es Widerstand gegen die Verkleinerung des Braunkohletagebaus. Haben sich die Sozialdemokraten über den Tisch ziehen lassen?

**Norbert Römer:** Nach längeren Gesprächen in der Koalition sind wir gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, Planungssicherheit für die Menschen in der Region, aber auch für das Unternehmen und die Beschäftigten zu schaffen. Wir haben klar entschieden, dass es für den dritten Umsiedlungsschritt mit den fünf Erkelenzer Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Beverath eine energiepolitische Notwendigkeit gibt. Damit herrscht Klarheit für die dortigen Bewohner, dass sie umgesiedelt werden müssen. Gleichzeitig haben wir aber auch festgelegt, dass es für die Zeit nach 2030 eine neue Leitentscheidung geben wird. Die wird in den nächsten anderthalb Jahren erarbeitet werden. Und das politische Ziel heißt klipp und klar: Es gibt kein weiteres Umsiedlungsplanverfahren mehr, der Ortskern von Holzweiler bleibt ebenso erhalten wie Dackweiler und das Gehöft Hauerhof mit insgesamt etwa 1400 Bewohnern.

**Welt am Sonntag:** Wenn die Koalitionsspitzen ihre Entscheidung so intensiv und wohlgedacht vorbereitet haben, warum gibt es dann in ihrer eigenen SPD-Landtagsfraktion Kritik?

**Römer:** Ich will nicht von Widerständen reden. Das ist etwas überhöht. Aber es gibt in der Sache eine unterschiedliche Auffassung. Das Unternehmen vertritt die Ansicht, man könne eine solche Leitentscheidung ohne vorherige politische Festlegung erarbeiten. Meine Bergbaugewerkschaft, in der ich viele Jahre lang Verantwortung hatte, ist derselben Meinung. Und die Abgeordneten vor Ort auch. Das ist ja auch legitim.

**Welt am Sonntag:** Herr Priggen, Vertreter ihrer Landespartei feiern die Verkleinerung von Garzweiler II bereits als Ausstieg aus der Braunkohle. Verstehen Sie da nicht, dass SPD-Abgeordnete aus der Region auf der Zinne sind?

**Reiner Priggen:** Das ist eine kurze plakative Zuspitzung. Ich verstehe durchaus, dass in der SPD-Fraktion mit 99 Abgeordneten einzelne das anders sehen. Aber das, was wir jetzt gemacht haben, ist in der Sache richtig. In seinem jüngsten Umsiedlungs-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die Verantwortung noch stärker bei der Landesregierung

gesehen, eine politische Grundentscheidung zu treffen. Das war jetzt unsere Aufgabe. Hauptmaßstab für meine Entscheidung war, dass wir uns zuallererst um die Menschen in den Dörfern kümmern, weil sie am allerstärksten betroffen sind und ihre Heimat aufgeben müssen. Deshalb wollten wir für alle im Abbaubereich Klarheit schaffen, was auf sie zukommt, aber gleichzeitig auch das Unternehmen nicht in Gefahr bringen. Das war die Grundlinie. Dabei kann ich nachvollziehen, dass den Abgeordneten in der Braunkohleregion dieser ganze Prozess schwerer fällt. Gleiches haben wir ja seinerzeit auch beim Ausstieg aus der Steinkohle erlebt.

**Welt am Sonntag:** Haben sich die Grünen ihre Zustimmung zur dritten Umsiedlungsstufe mit der Verkleinerung des Tagebaus abkaufen lassen?

**Priggen:** Nein, damit macht man keine Geschäfte. Jetzt war genau der Zeitpunkt, an dem es um die beiden letzten Umsiedlungsstufen ging. Wir haben gesagt: Lass uns alles zusammen betrachten. Andernfalls hätten wir in der Koalition nächstes Jahr wieder voneinander gestanden und die gleiche zermürbende Diskussion um die vierte Umsiedlungsstufe geführt. Zugleich hätten wir die Menschen in Holzweiler weiterhin der Ungewissheit ausgesetzt und in eine Situation gebracht, die sie zerreißt. Und schließlich haben wir im Koalitionsvertrag ja auch vereinbart, dass Effizienzgewinne bei der Braunkohleverstromung in der Reduktion der Fördermenge münden müssen. Die Energiewelt hat sich seit der Genehmigung von Garzweiler II grundlegend verändert. Deshalb hatten wir uns zu fragen, ob auf den letzten Tagebauabschnitt verzichtet werden kann, um den Menschen eine Umsiedlung zu ersparen. Wir haben damit frühzeitig Klarheit geschaffen. Wenn es gute politische Kompromisse gibt, dann ist das genau einer, der die Interessen aller Menschen in der Braunkohleregion berücksichtigt.

**Welt am Sonntag:** Während die Grünen wegen der Effizienzgewinne eine Reduzierung des Braunkohleabbaus anmahnen, geht die SPD für die nächsten beiden Jahrzehnte von einer gleichbleibend hohen Fördermenge mit einem Volumen von etwa 100 Millionen Jahrestonnen in den drei Tagebauen aus.

**Römer:** Bis mindestens 2030 könnte man im Rheinischen Revier jährlich 100 Millionen Tonnen Kohle fördern. Ich gehe aber davon aus, diese Menge brauchen wir nicht über die ganze Zeit.

**Welt am Sonntag:** Was bedeutet das für die 11.000 Arbeitsplätze im Braunkohlerevier?

**Römer:** Natürlich werden die Arbeitsplätze im Bergbau zurückgehen, wenn es geringere Förderungen gibt. Aber das ist ja ein so langwieriger Prozess, dass niemand einen direkten Arbeitsplatzverlust erleiden wird. Zudem werden mit der Weiterentwicklung der Innovationsregion Rheinisches Revier aber auch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Kinder und die Enkelkinder der Bergleute werden andere Arbeitsplätze haben: die werden Wissenschaftler, Ingenieure, Kaufleute sein oder sich selbstständig machen, weil das ja eine prosperierende Region sein wird. Das Rheinische Revier liegt im Dreieck der Wissenschaftsstandorte Aachen, Köln und Düsseldorf. Da muss niemand Sorgen haben, dass die Menschen, die da wohnen, keine beruflichen Perspektiven mehr haben. Es gibt planerische Sicherheit über Jahrzehnte, das gibt es in keiner anderen Branche, nicht in Deutschland, nicht irgendwo anders.

**Priggen:** Für uns stand jetzt vor allem die politische Entscheidung an, was mit den Umsiedlungen passiert. Dort sind die Menschen durch den Tagebau am allerstärksten betroffen. Ob wir die Jahresfördermenge jetzt von 100 Millionen auf 90, 80, 70 oder 60 senken können, ist nicht die jetzt anstehende Frage.

**Welt am Sonntag:** Was ist das eigentlich für eine Energiewende, Herr Priggen, bei der die Braunkohleförderung im Land noch Jahrzehnte auf dem gleichen Level bleibt?

**Priggen:** Ich bin davon überzeugt, dass es die Braunkohleverstromung in der bisherigen Menge nicht mehr geben wird. Davon unabhängig gibt es aber schon lange eine Verunsicherung bei RWE. Das Unternehmen hat zehn Jahre alles verschlafen, was als Technologie nach vorne wies. Es gibt eine ganze Liste von Versprechungen für den Bau neuer Kraftwerke und das Abschalten alter Blöcke – sie sind vom Unternehmen nicht eingehalten worden. Dass heute immer noch klatschnasse Kohle in den Kraftwerken verfeuert wird, ist für mich nicht modernste Kraftwerkstechnologie. In Frimmersdorf laufen 48 Jahre alte Kraftwerke, die dringend vom Netz genommen werden müssen. Auf dem freien Gelände muss dann Gewerbe entstehen, das die Menschen dort brauchen.

**Welt am Sonntag:** Sieht die SPD den Energiekonzern RWE genauso kritisch?

**Römer:** Die Verunsicherung in diesem Unternehmen gibt es doch schon seit Längerem und sie ist nicht durch die Landespolitik ausgelöst worden. Bei der letzten Bilanzpressekonferenz musste RWE einen Verlust von 2,8 Milliarden Euro einräumen. Das hat zu Diskussionen und Unruhe in der Belegschaft geführt. Ebenso wie das Versagen der schwarz-gelben Vorgängerregierung im Bund bei der Energiewende. Unsere Entscheidung, den Braunkohleabbau nach 2030 räumlich zu begrenzen und Garzweiler II zu verkleinern, ist nicht der eigentliche Grund dafür, dass in der Belegschaft Unruhe und Arbeitsplatzängste entstehen. Da gibt es andere Ursachen.

---

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten